

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

Horst Peter MdB zum SS-Treffen in Oberaula: Wer Alt-Faschisten gewähren läßt, hilft den Neonazis.  
Seite 1

Hermann Wimmer MdB, Mitglied im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages, zur EG-Agrarkrise: Der Marktordnungsdruck droht der Zusammenbruch.  
Seite 4

Michael Catenhusen MdB, Mitglied des Ausschusses für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages, zum Hearing über Förderung der Biotechnologie: Folgen der Gen-Technologie erschrecken.  
Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB zur medienpolitischen Diskussion: Soll die SPD Pate des Privatfunks sein?  
Seite 6

39. Jahrgang / 63

29. März 1984

Zum SS-Treffen in Oberaula

Wer die alten Faschisten gewähren läßt, ermutigt die Neonazis

Von Horst Peter MdB

"Der Tod ist ein Meister aus Deutschland". Diejenigen, die Paul Celan damit meinte, die KZ-Schergen, Brandstifter und Mordbuben Hitlers, treffen sich in Oberaula. Sie können dabei mit dem Wohlwollen eines Mannes rechnen, des Freiherrn von Dörnberg, dessen Onkel SS-Oberführer und Protokollchef Ribbentrops war.

Wir, die Gegner dieses Treffens kritisieren, daß dieses Treffen unter der Tarnbezeichnung "Urlaubergemeinschaft Ilmensee" stattfinden kann. Hier treffen sich diejenigen, die nichts gelernt haben und durch ihre Teilnahme bezeugen, daß sie Nazis geblieben sind.

Wir werfen nicht alle SS-Männer in einen Topf. Wir berücksichtigen die Einzelschicksale der SS-Männer. Wer zwangsverpflichtet wurde, wer als damals 18jähriger zur SS ging, dem kann man seine Zugehörigkeit zur SS nachsehen. Entscheidendes Kriterium muß dann sein Verhalten nach 1945 sein. Dem, der zu seinen Taten stand und bekannte, daß er gefehlt hat, dem können wir verzeihen. Nicht jedoch denen, die sich in Organisationen wie die HIAG oder hier der SS-Division "Totenkopf" zusammenschließen und erkennen lassen, daß sie keine Scham kennen und nicht zu tätiger Reue bereit sind.

Viele in diesem Lande sind bei solchen Gelegenheiten schnell bereit, mit der Formel, dies seien doch nur die "Ewig-Gestrigen", die "Unverbesserlichen", zur Tagesordnung überzugehen.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Kostenlos Umwelt  
www.umw-aktuell.de  
Recycling-Papier



Wir sind nicht dazu bereit. Mich beruhigt das nicht. Denn, während sich in Ober-  
aula die Altfaschisten versammeln, erleben wir in der Bundesrepublik eine alar-  
mierende Zunahme der Aktivitäten neuer faschistischer Organisationen.

Wir erleben, daß Antisemitismus pur oder in der Form von Ausländerfeindlichkeit  
wieder und noch Zustimmung findet.

Wir erleben, daß faschistische Vergangenheit wieder positiv beurteilt und ver-  
klärt wird.

Es kann uns nicht beruhigen, daß sich hier einige alte Männer treffen, die sich  
im "Kameradenkreis" erinnern wollen. Uns erinnern sie an Auschwitz und Buchenwald,  
an Ouradur, Lidice und Le Paradis, an dessen Zerstörung die SS-Division "Totenkopf"  
aktiv beteiligt war.

Das Nürnberger Militärtribunal hat die SS mit Recht als verbrecherische Organisation  
eingestuft. Sie ist menschengewordene Ausformung des Faschismus gewesen. Sie war in  
eine Vielzahl von Verbrechen verstrickt. Sie war direkt mit den Mordlagern durch  
Personalaustausch verbunden und hat mit ihrem militärischen Einsatz Auschwitz tag-  
täglich erst möglich gemacht. Jeden Tag, den die Front hielt, konnten die Öfen in  
Auschwitz länger brennen. So sah das auch Norbert Blüm noch vor einigen Jahren.

Treffen der ehemaligen SS-Angehörigen verhöhnern die Opfer des Faschismus, sie sind  
ein Affront gegen alle Menschen, die guten Willens sind und wollen, daß sich Fa-  
schismus in unserem Lande nie wiederholen kann.

Zwar gibt es in der Bundesrepublik gegenwärtig keine akute faschistische Gefahr.  
Aber wir wissen: Faschismus ist eine strukturelle Gefahr für jede bürgerliche Ge-  
sellschaft. In bestimmten historischen Situationen können latente autoritäre,  
faschistoide Tendenzen aktualisiert und mobilisiert werden. Die gegenwärtige Orien-  
tierungslosigkeit vieler von der Wirtschaftskrise Betroffener, auch in Substrukturen  
der Jugend, von Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung Bedrohte suchen Schul-  
dige, die sie für ihre Lage verantwortlich machen können.

Wir wissen weiter: vorhanden sind Kerne faschistischer Organisationen. Beispielsweise  
die Kühnen-Bande. Kühnen sammelt, wie die historischen Faschistenhäuptlinge den Bo-  
densatz der Gesellschaft, die aktivistische Sturmtruppe. Durch den Zulauf von an sich  
anständigen Deutschen kann daraus durchaus eine Massenbewegung werden. Die politische  
Taktik des aktiven Kerns ist die provokative Aktion, die Inszenierung von Masse und  
Gewalt. Dies ist die Voraussetzung für Existenz, innere und äußere Wirkung des Fa-  
schismus.

Für die Traditionsverbände wie die HIAG oder die SS-Division "Totenkopf", die durch  
ihre Existenz Werbung für den Faschismus betreiben, darf es keine Toleranz geben.

Wer die alten Faschisten gewähren läßt, ermutigt die neuen Faschisten. Auch für die  
neuen faschistischen Kerne darf es keinen politischen Toleranzspielraum, kein Oppor-  
tunitätsprinzip bei der strafrechtlichen Verfolgung geben. Mit dem Faschismus gibt  
es keine "geistige" oder "politische" Auseinandersetzung. Wer die faschistischen Kerne  
verharmlost, verniedlicht, wer sie gewähren läßt, ermutigt sie.



Deshalb fordern wir:

- die Auflösung der Verbände der alten und neuen Faschisten
- die Strafandrohung für das Verbreiten, Importieren und Herstellen von NS-Symbolen und NS-Schriften
- die Verfolgung der Verbreiter der sogenannten Auschwitzlüge, die den national-sozialistischen Völkermord leugnen, verharmlosen oder ausdrücklich billigen.

Diese Forderungen können nur der juristische Teil einer offensiven Politik gegenüber den Neofaschisten sein.

Es geht darum, mit einem Bündel von Aktivitäten, die aktiven Kerne faschistischer Organisationen zu zerstören

- / Mentalitäten, soziale und politische Strukturen, die den Faschismus begünstigen und die er zur Rekrutierung von Sympathisanten ausnutzen kann, abzubauen,
- / zu verhindern, daß auffällige Jugendliche von Faschisten erreicht werden können.

Der historische Faschismus konnte nur zur Macht kommen in der Kumpanei mit den sozialen und politischen Eliten der Weimarer Republik. Mit Bestürzung sehen wir tagtäglich das begünstigende, verschleiende, verharmlosende, nachlässige Verhalten der Konservativen gegenüber neofaschistischen Organisationen. Beabsichtigt oder auch nicht, wird das politische Klima für die Neofaschisten begünstigt,

- wenn Demokraten ausgegrenzt und verteufelt werden
- wenn eine Generalamnestie und die Verjährung faschistischer Verbrechen gefordert wird
- wenn für das deutsche Volk ein Recht auf Vergessen reklamiert wird
- wenn die rechtliche Verfolgung der "Auschwitzlüge" verschleppt wird
- wenn die Liberalisierung des Paragraphen 218 mit den Verbrechen von Auschwitz gleichgesetzt wird
- wenn die Pazifisten für Auschwitz verantwortlich gemacht werden
- wenn die HIAG aus dem Verfassungsschutzbericht herausgenommen wird.

Die Kumpanei der Eliten mit dem Faschismus verhalf diesen zur Macht und machte Auschwitz möglich. Die nach 1945 wiederbelebten Elite haben zu verantworten, daß die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit noch immer nicht gelungen ist. Voraussetzung dafür ist eine glaubwürdige antifaschistische Politik gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes.

Adorno meinte: aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen.

(-/29.3.1984/ks/rs)

\*  
(Horst Peter wird diesen Text am Samstag in Oberaula anlässlich der Protestdemonstration gegen das SS-"Totenkopf"-Treffen vortragen).



Der Marktordnung droht der Zusammenbruch

Zu den gescheiterten Versuchen, die EG aus der Krise zu führen

Von Hermann Wimmer MdB

Mitglied im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages

Im dritten Anlauf ist der Versuch der Regierungschefs gescheitert, die EG aus der Krise herauszuführen.

Die Gemeinschaft befindet sich in einer gefährlichen Sackgasse. Das europäische Einigungswerk steht auf der Kippe.

Die Regierungschefs hätten auf ihrem Brüsseler Gipfeltreffen einige Punkte abgehakt. So unter anderem das Agrarpaket und die Aufstockung der Finanzmittel.

Weil Frau Thatcher um die Rückzahlungen für ihr Land zu hoch gepokert hat, ist jetzt alles in Frage gestellt.

Auch die Einigung über die Agrarpunkte könnte wieder zurückgenommen werden.

Wenn man sich nicht einigt, hätte die Landwirtschaft kruzfristig Vorteile. Für die deutschen Bauern würde die Quotenregelung bei Milch, die drastische Einschnitte bringen wird, zunächst nicht in Kraft treten. Auch das jetzige Grenzausgleichssystem bliebe erhalten.

Aber das wäre ein Scheinerfolg. Ich halte nichts von den Vereinbarungen, die Bundesminister Kiechle durchgesetzt hat.

Sowohl die Quotenregelung bei Milch als auch die Umstellung des Grenzausgleichssystems benachteiligen die deutsche Landwirtschaft.

Aber wenn in Brüssel gar nichts beschlossen wird, dann droht dem ganzen Marktordnungssystem über kurz oder lang der Zusammenbruch. Und das muß vermieden werden.

Nicht nur die Landwirte, auch Europa könnte dabei "baden" gehen.

(-/29.3.1984/ks/rs)

+ + +



Folgen der Gen-Technologie erforschen

Zum Hearing "Stand der öffentlichen Förderung der Biotechnologie"

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied des Ausschusses für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages

Das auf Antrag der SPD durchgeführte Hearing zur öffentlichen Förderung der Biotechnologie in Deutschland hat deutlich gezeigt, daß die Vorlage eines Programms Biotechnologie 1984 bis 88 durch die Bundesregierung überfällig ist. Der Rückstand in der Anwendung biotechnischer Verfahren einschließlich der Gentechnologie in industriellen Verfahren ist nicht in erster Linie ein Problem der Rückständigkeit der breiten biologischen Grundlagenforschung in unserem Lande, der auch von Industrievertretern ein gutes Niveau bescheinigt wurde.

Engpässe bestehen dagegen nach wie vor in der Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in industrielle Verfahren und neue Produkte. Insbesondere bestehen deutliche Hemmnisse für kleine und mittlere Unternehmen, moderne biotechnologische und gentechnische Verfahren und Produktentwicklungen durchzuführen. Es war jedoch auch nicht zu verkennen, daß in erster Linie die chemisch-pharmazeutische Großindustrie verantwortlich dafür ist, daß schon 1972 die Bundesregierung die öffentliche Förderung der Bio- und Gentechnologie aufnahm, die Industrie sich jedoch erst später diesem Anwendungsbereich zuwandte.

Die Kooperation zwischen Großforschungseinrichtungen, Max-Planck-Instituten, Universitätsinstituten und der Industrie läuft auf dem Gebiet der Biotechnologie so gut wie in kaum einem anderen Forschungsgebiet. Die Förderungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen müßten jedoch weiter verbessert werden.

Die Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, daß die Sicherheitsforschung über Probleme, die sich aus der industriellen Nutzung neuer biotechnischer Verfahren ergeben, Bestandteil eines neuen Programms Biotechnologie wird. So kann heute niemand die Folgen übersehen, die sich aus der gezielten Freisetzung gentechnisch manipulierter Bakterien ergeben können.

Eine öffentliche Technologiefolgenabschätzung der sozialen, rechtlichen und ethischen Folgen neuer Biotechniken muß fester Bestandteil des neuen Forschungsprogramms Biotechnologie werden. Hier ist insbesondere das Parlament gefordert. Der Vorschlag des Vertreters der IG Chemie, für diese Fragen eine Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages einzurichten, muß ernsthaft geprüft werden. (-/29.3.1984/ks/rs)

+ + +



Soll die SPD der Pate des Privatfunks sein?  
-----

Anmerkungen zur medienpolitischen Diskussion

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Wo immer Sozialdemokraten derzeit über Programme nachsinnen, wollen sie gestalten, sei es die Zukunft, sei es die Arbeit. Sie wollen die Technik sozial beherrschbar machen - oder gar nicht machen, was technisch zwar möglich, aber menschlich oder sozial nicht wünschenswert ist.

Zugleich aber passen wir uns als "Medienpolitiker" der Tatsache der Macht oder der Macht der Tatsachen an, verzichten auf das "Gestalten" und machen mit, um Schlimmeres zu verhüten. Die neuen Kommunikationstechniken ermöglichen zusätzliche Sendefrequenzen und Verbreitung zusätzlicher Programme durch Kabel. Mehr Rundfunkwellen und neue Arten des Signaltransports lassen privates Senden möglich werden. Was technisch möglich ist, machen wir mit. Der Bundespostminister und sieben CDU/CSU-Ministerpräsidenten können im Alleingang - oder auch mit sozialdemokratischen Ministerpräsidenten - den Privatfunk aufziehen. Und Rundfunkwellen machen an Landesgrenzen nicht halt. Mitmachen hilft dann Schlimmeres verhüten, selbst dann, wenn man auf die Einhaltung bisher verfochtener Grundsätze zur Gestaltung von Funk und Fernsehen verzichten muß.

Mit anderen Worten: Es werden in privatrechtlicher Form neue Teile der Bewußtseinsindustrie begründet. Sozialdemokraten, die Funk und Fernsehen nur in öffentlich-rechtlicher Form wollten, beteiligen sich daran. Sie sind Pate, wenn nicht demokratisch legitimierte private (Geld) Macht neue Funkmedien ins Leben ruft. Ohnehin oligopolhaft organisierte Zeitungsverlage legen sich damit weitere durch Werbung finanzierte Einflußkanäle zu.

Wir kriegen damit schlechte Verhältnisse - gemessen an unseren bisherigen Vorstellungen. Und wir machen mit, um andere nicht ganz allein entscheiden zu lassen, wie wir uns in diesen schlechten Verhältnissen einzurichten haben - und in ihnen einen Rest von "Meinungs-Mehrheit" (an Vielfalt ist da nicht zu denken) zu bewahren.

All das kann man als Politik des geringeren Übels einsehen und nachvollziehen. Mit dem Mißbilligen dieser Politik beginnen wir aber dann, wenn sie erwartet, daß wir auf den Anspruch verzichten sollen, irgendwann in der Zukunft "bessere Verhältnisse" zu schaffen. Wir wollen das Ziel der öffentlich-rechtlichen Verfassung des Rundfunks als einziger Form der demokratisch legitimierten Macht in der Bewußtseinsindustrie nicht aufgeben. Wenn wir Mehrheiten erringen sollten, die es gestatten, aus schlechten Verhältnissen bessere zu machen, dann werden wir die öffentlich-rechtliche, demokratisch legitimierbare Verfassung von Funk und Fernsehen herbeiführen.

Mit dem erzwungenen Sich-Einrichten in schlechten Verhältnissen geben wir das Ziel besserer Verhältnisse nicht auf. Inzwischen aber sollten wir darauf drängen, die vorhandenen öffentlich-rechtlichen Anstalten zur technisch möglichen dezentralen, von Bürgern viel stärker mitgestalteten Programmvielfalt zu bringen. Denn auch in den vorhandenen "besseren" Organisationsformen des Rundfunks läßt sich eine bessere "Einrichtung" schaffen.

(-/29.3.1984/ks/rs)

+ + +

